

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3863

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3863



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Klassischer Liberalismus in der Sackgasse?



JESÚS HUERTA DE SOTO * • Februar 2022

Zusammenfassung

- Der fatale Fehler der klassischen Liberalen wurzelt darin, nicht bemerkt zu haben, dass das Programm der liberalen Gedankenwelt theoretisch unmöglich ist, da es das Samenkorn der eigenen Zerstörung in sich trägt, und zwar insofern es die Existenz eines Staates, d. h. einer monopolistischen Agentur institutioneller Nötigung, für notwendig erachtet.
- Verschiedene Rechtfertigungen werden zur Existenzberechtigung eines Staates herangezogen. Sie sind allesamt wissenschaftlich widerlegt worden. So etwa die Theorie der öffentlichen Güter, die angeblich nur durch die Staatsgewalt zur Verfügung gestellt werden könnten. Unentbehrliche Güter und Dienstleistungen, die der Staat heute in sehr mangelhafter Qualität und zu übersteuerten Preisen herstellt, könnten in einer spontanen Marktordnung in viel besserer Qualität und auf viel effizientere Weise angeboten werden.
- Auch das Argument klassisch Liberaler, wonach der Schutz der Eigentumsrechte eines Gewaltmonopolisten bedürfe, ist fehlgeleitet. Vielmehr tritt der Staat zahlreiche legitime Eigentumsrechte mit Füßen, schützt sie nur sehr mangelhaft und korrumpiert das moralische und rechtliche Verhalten der Individuen gegenüber fremden Eigentumsrechten.
- Der Anarchokapitalismus ist eine wissenschaftliche Form des Liberalismus, die im Gegensatz zum klassischen Liberalismus, der Eigentumsrechte mithilfe einer Staatsgewalt schützen will, keine Utopie ist. In einem anarchokapitalistischen System werden sämtliche Güter und Dienstleistungen durch einen gänzlich freiwilligen Prozess sozialer Kooperation zur Verfügung gestellt, während der Elan der menschlichen Schöpfungskraft und Koordinationsfähigkeit nirgends ausgeschlossen wird.

* Der Autor ist Professor für politische Ökonomie an der Universität Rey Juan Carlos in Madrid und Mitglied des Akademischen Beirats des Liberalen Instituts.

Das theoretische und politische liberale Denken befindet sich heute an einem Scheideweg von transzendentaler Bedeutung. Obwohl der Fall der Berliner Mauer und das Ende des Realsozialismus 1989 das «Ende der Geschichte» (in dem ebenso glücklichen wie hochtönenden Ausdruck von Francis Fukuyama) einzuläuten schienen, so steht heute in vielerlei Hinsicht mehr denn je fest, dass überall der Etatismus herrscht und die Freiheitsliebenden demoralisiert sind. Deshalb besteht die dringende Notwendigkeit eines *Aggiornamento* des Liberalismus, d. h. einer tiefgreifenden Revision und Aktualisierung des liberalen Gedankengutes im Lichte der letzten Fortschritte der Wirtschaftswissenschaft und der Lehren der jüngsten Geschichte. Der grundlegende Ausgangspunkt dieser Revision besteht in der Erkenntnis, dass der Versuch des klassischen Liberalismus, die Staatsgewalt einzuschränken, fehlgeschlagen ist, und die Wirtschaftswissenschaft erklären kann, warum dieser Fehlschlag unausweichlich war. Die dynamische Theorie der sozialen Kooperationsprozesse, die vom Unternehmertum angetrieben werden und eine spontane Marktordnung schaffen, breitet sich derweil allgemein aus und ermöglicht eine umfassende Analyse des anarchokapitalistischen Systems sozialer Kooperation; das einzige wirklich lebensfähige und der menschlichen Natur entsprechende System.

Im vorliegenden Beitrag analysieren wir die oben genannten Themen Schritt für Schritt und fügen dem eine Reihe von Betrachtungen hinzu, die praktische Fragen der wissenschaftlichen und politischen Strategie betreffen. Ausserdem bedienen wir uns der hier vorgestellten Analyse, um über bestimmte Missverständnisse und häufig auftretende Interpretationsfehler aufzuklären.

Der Fehler des klassischen Liberalismus

Der fatale Fehler der klassischen Liberalen wurzelt darin, nicht bemerkt zu haben, dass das Programm der liberalen Gedankenwelt theoretisch unmöglich ist, da es das Samenkorn der eigenen Zerstörung in sich trägt, und zwar insofern es die Existenz eines (wenn auch nur minimalen) Staates, d. h. einer monopolistischen Agentur institutioneller Nötigung, für notwendig erachtet.

Der grosse Fehler der Liberalen liegt also in ihrem Ansatz: Sie sehen den Liberalismus als ein politisches Aktionsprogramm und eine wirtschaftliche Doktrin, deren Ziel die Beschränkung der Staatsgewalt ist, aber sie akzeptieren deren Existenz und halten diese sogar für notwendig. Nichtsdestotrotz kann die Wirtschaftswissenschaft heute erklären, dass: (a) der Staat nicht notwendig ist; (b) der (wenn auch nur minimale) Etatismus theoretisch unmöglich ist; (c) es aufgrund der Natur des Menschen unmöglich ist, die Macht des Staates zu beschränken, wenn der Staat erst einmal existiert. Wir werden nun jeden dieser Aspekte einzeln kommentieren.

Der Staat als unnötige Körperschaft

Wissenschaftlich betrachtet, ist die Kategorie der sogenannten «öffentlichen Güter» nur denkbar, wenn man das fehlerhafte Gleichgewichtsparadigma unterstellt.

Da bei derartigen Gütern die Voraussetzungen der Nicht-Ausschliessbarkeit und Nicht-Rivalität im Konsum gegeben sind, dienen sie als Prima-Facie-Beweis für die Existenz einer monopolistischen Agentur (staatlicher) institutioneller Nötigung, die alle zur Mitfinanzierung jener Güter verpflichtet.

Nichtsdestotrotz hat das von der Österreichischen Schule der Nationalökonomie entwickelte dynamische Verständnis der spontanen, durch das unternehmerische Handeln vorangetriebenen Ordnung diese These zur Rechtfertigung des Staates zu nichte gemacht: Immer dann, wenn es (scheinbar oder wirklich) zu einer «Public Good»-Situation kommt, d. h. zu einem Gut mit Nicht-Ausschliessbarkeit und Nicht-Rivalität im Konsum, gibt es auch Anreize, welche die unternehmerische Kreativität braucht, um den Zustand zu überwinden; entweder durch technische und juristische Innovationen oder durch unternehmerische Entdeckungen, die alle möglichen Probleme bewältigen können (sofern die Ressourcen nicht zu «öffentlichen» erklärt werden und die freie Ausübung des Unternehmertums und die gleichzeitig damit verbundene private Aneignung der Ergebnisse der unternehmerischen Kreativität erlaubt wird).

So wurde z. B. das Leuchtturmsystem im Vereinigten Königreich lange Zeit von privater Hand betrieben und finanziert, um so durch ausschliesslich private Arrangements – wie Seefahrervereinigungen, Hafentaxen, spontane Sozialkontrolle usw. – jenes «Problem» zu lösen, das in den «etatistischen» Wirtschaftslehrbüchern als Beispiel für ein «öffentliches Gut» schlechthin dargestellt wird.

Ebenso stellte sich z. B. im fernen Nordamerika das Problem, wie man in den weitläufigen Landstrichen des Westens die Eigentumsrechte an Weidetieren festlegen und verteidigen sollte. Nach und nach wurden diverse unternehmerische Innovationen eingeführt, mit denen man die Probleme ebenso schnell lösen konnte, wie sie entstanden waren: So z. B. das «Markieren» des Viehs, die ständige Bewachung durch bewaffnete und berittene «Cowboys» und schliesslich die Erfindung und Einführung des Stacheldrahtzaunes, der es erstmals möglich machte, weite Landstriche zu einem erschwinglichen Preis voneinander abzugrenzen.

Der kreative Fluss unternehmerischer Innovationen wäre völlig blockiert worden, hätte man die Ressourcen als «öffentlich» deklariert und sie – vom privaten Eigentum ausgeschlossen – auf bürokratischem Wege mithilfe einer staatlichen Einrichtung verwaltet. In unserer Zeit schirmt man z. B. einen Grossteil der Strassen und Autobahnen vor der Einführung unternehmerischer Innovation ab, von denen es unzählige gibt – wie die Erhebung von Gebühren pro Fahrzeug und Stunde, die privates Sicherheitsmanagement, privater Lärmschutz usw.; all dies, obwohl die meisten Verfahren keinerlei technisches Problem mehr darstellen. Jene Güter werden einfach zu «öffentlichen Gütern» erklärt. Auf diese Weise werden ihre Privatisierung und unternehmerisch-kreative Handhabung unmöglich.

Zudem denkt der Durchschnittsbürger, dass der Staat notwendig sei, weil die (nicht notwendige) Existenz desselben mit dem unentbehrlichen Charakter vieler Dienstleistungen und Vorräte, die der Staat heutzutage (sehr schlecht) und (fast immer unter dem Vorwand ihres öffentlichen Charakters) auf exklusive Weise zur Verfügung

stellt. Die Menschen sehen, dass heutzutage die Strassen, Krankenhäuser, Schulen, öffentliche Ordnung usw. weitgehend vom Staat zur Verfügung gestellt werden. Und da diese unentbehrlich sind, kommt der Mensch ohne weitere Analyse zu dem Schluss, dass auch der Staat ebenso unentbehrlich sei.

Die Menschen sind sich nicht bewusst, dass die aufgezählten Ressourcen durch die spontane Marktordnung, die unternehmerische Kreativität und das Privateigentum in viel besserer Qualität und auf viel effizientere und billigere Weise den unterschiedlichen und wechselnden Bedingungen jeder einzelnen Person angepasst und zur Verfügung gestellt werden können. Ausserdem gehen sie der Vorstellung auf den Leim, der Staat sei auch notwendig, um die Wehrlosen, Armen und Behinderten (ob nun «Klein»-Aktionäre, Durchschnittskonsumenten, Arbeiter oder sonstige) zu beschützen. Sie verstehen nicht – was aber die Wirtschaftstheorie beweisen kann –, dass die sogenannten Schutzmassnahmen systematisch und in jedem einzelnen Fall damit enden, dass sie jenen Personen Schaden zufügen, denen sie helfen sollten; womit eine weitere der völlig plumpen und abgedroschenen Rechtfertigungen der Existenz des Staates dahin wäre.

Privatisieren oder Abschaffen

Murray Rothbard (1926-1995) behauptete, dass sich die Gesamtheit aller Güter und Dienstleistungen, die der Staat derzeit zur Verfügung stellt, in zwei Gruppen teilen liesse: in jene, die man abschaffen, und in jene, die man privatisieren sollte. Es ist ganz klar, dass die oben genannten Beispiele zur zweiten Gruppe gehören und das Verschwinden des Staates bei weitem nicht die Abschaffung von Strassen, Krankenhäusern, Schulen und öffentlicher Ordnung, sondern deren Bereitstellung in grösserer Menge, besserer Qualität und zu einem erschwinglicheren Preis bedeutet (immer im Vergleich zu den wirklichen Kosten, welche die Bürger durch ihre Steuerbeiträge zu bewältigen haben). Ausserdem muss erwähnt werden, dass die historischen Fälle von institutionellem Chaos und öffentlicher Unordnung (die es z. B. in den Jahren vor und während des spanischen Bürgerkriegs und in der 2. Republik oft gab) auf die mangelnde Bereitstellung jener Güter zurückzuführen sind, wofür die Staaten selbst verantwortlich sind. Die Staaten machen *weder* mit einem Minimum an Effizienz das, was sie nach Meinung ihrer eigenen Anhänger tun sollten, *noch* lassen sie es den privaten und unternehmerischen Sektor machen, denn der Staat zieht die Unordnung (die seine Gegenwart noch notwendiger erscheinen lässt) seiner Demontage und Privatisierung auf allen Ebenen vor.

Man sollte vor allem verstehen, dass die Festlegung, Aneignung und Weitergabe sowie der Schutz der Eigentumsrechte, welche den sozialen Prozess gliedern und vorantreiben, keiner monopolistischen Gewaltagentur (Staat) bedürfen. Im Gegenteil, der Staat tritt zahlreiche legitime Eigentumsrechte mit Füßen, schützt sie nur sehr mangelhaft und korrumpiert das (moralische und rechtliche) Verhalten der einzelnen Individuen gegenüber fremden Eigentumsrechten.

Das Rechtssystem ist die evolutive Gestaltung der allgemeinen Rechtsprinzipien (insbesondere des Eigentums), die mit der menschlichen Natur vereinbar sind. Das Recht ist darum nicht das, was der Staat – egal ob auf demokratische oder undemokratische Weise – festlegt, sondern das, was bereits besteht und in der Natur des Menschen verankert ist, auch wenn es entdeckt wird und sich sowohl durch Rechtsprechung als auch durch Rechtswissenschaft auf evolutive Weise festigt.

In diesem Sinne meinen wir, das Rechtssystem der römisch-kontinentalen Tradition sei aufgrund seines eher abstrakten und doktrinären Charakters dem angelsächsischen System des *Common Law* weitaus überlegen. Letzteres verdankt seinen Ursprung überzogener Rückendeckung durch den Staat mittels gerichtlicher Entscheide und Urteilsprüche. Derlei Urteile importierten über das «Binding Case»-Prinzip allerlei Funktionsfehler in das Rechtssystem. Der Ursprung dieser Systemfehler liegt zumeist in den Umständen und Interessen, die in den einzelnen Fällen ausschlaggebend waren.

Das Recht ist evolutiv und gründet auf Sitten. Aus diesem Grund existiert es vor und unabhängig vom Staat. Seine Entdeckung und Festlegung bedürfen keiner monopolistischen Zwangsinstitution.

Der Staat ist nicht nur *nicht* notwendig für die Festlegung des Rechts. Er ist ebenso wenig notwendig, um es geltend zu machen und zu verteidigen. Dies ist in der heutigen Zeit offensichtlicher denn je, da es – paradoxerweise trotz vieler Verwaltungsbehörden – an der Tagesordnung ist, auf private Sicherheitsfirmen zurückzugreifen.

Wir wollen hier nicht ausführlich beschreiben, wie die private Bereitstellung jener Güter, die man heute «öffentlich» nennt, aussehen könnte (auch wenn die Unkenntnis *a priori* darüber, wie der Markt eine Unzahl von konkreten Problemen lösen würde, von jenen, die den *Status quo* bevorzugen, gern für einen recht einfachen und naiven Einwand genutzt wird, frei nach dem Motto: «Lieber das bekannte Übel als das noch unbekanntes Gut»). In der Tat kann heute keiner die unternehmerischen Lösungen kennen, die Unternehmer scharenweise für die verschiedenen Probleme anbieten würden, wenn man ihnen die Freiheit dazu liesse. Jedoch selbst die grössten Skeptiker müssen das anerkennen, was man «heute schon weiss», nämlich dass der Markt – von der unternehmerischen Kreativität angetrieben – tatsächlich funktioniert und dies umso besser tut, je weniger der Staat in seinen Sozialprozess eingreift. Die Schwierigkeiten und Konflikte des Marktes entstehen immer dann, wenn die freie Entwicklung der spontanen Marktordnung behindert wird.

Ungeachtet der seit Gustave de Molinari (1819-1912) bis heute unternommenen Anstrengungen, sich auszudenken, wie ein anarchokapitalistisches Netz privater Sicherheitsfirmen, die sich untereinander nur marginal unterscheiden würden, funktionieren könnte, sollten die Denker der Freiheit niemals vergessen, dass genau das, was es uns unmöglich macht, zu wissen, wie (dank der kreativen Natur des Unternehmertums) eine Zukunft ohne Staat aussehen würde, uns die Gelassenheit gibt, zu

wissen, dass nahezu jedes Problem überwunden werden könnte, wenn sich alle beteiligten Menschen mit allen Kräften und mit ihrer ganzen Kreativität der Lösung des Problems widmen würden.¹ Dank der Wirtschaftswissenschaft wissen wir nicht nur, dass der Markt funktioniert, sondern auch, dass der Etatismus theoretisch unmöglich ist.

Warum der Etatismus theoretisch unmöglich ist

Die wirtschaftliche Theorie der Österreichischen Schule zur Unmöglichkeit des Sozialismus kann man verallgemeinern² und in eine umfassende Theorie zur Unmöglichkeit des Etatismus verwandeln, d. h. zur Unmöglichkeit des Versuchs, jeden Bereich des gesellschaftlichen Lebens mit Zwangsverfügungen zu organisieren, und zwar mithilfe von Interventions-, Regulierungs- und Kontrollmandaten eines monopolistischen Organs institutioneller Aggression (namens Staat). Der Staat kann seine Koordinationsfunktion unmöglich erfüllen, in keinem Bereich des sozialen Kooperationsprozesses (in den einzugreifen er sich anmassst), und ganz besonders nicht in den Bereichen des Geld- und Bankwesens,³ der Entdeckung des Rechts, der Durchsetzung von Ordnung und Gerechtigkeit (verstanden als die präventive Verhinderung, Unterdrückung und Bestrafung krimineller Handlungen), und zwar aus vier Gründen:

(a) weil die enorme Menge der dafür notwendigen Information über die Köpfe von Millionen Menschen verstreut ist, die täglich am Sozialprozess teilhaben;

(b) aufgrund des vorwiegend stillschweigenden und nicht artikulierbaren (und deswegen nicht unmissverständlich übermittelbaren) Charakters der Informationen, die das Interventionsorgan braucht, um seine Mandate mit koordinierendem Inhalt zu versehen;

(c) weil die auf sozialer Ebene verwendete Information nicht «gegeben» ist, sondern sich als Folge der menschlichen Kreativität ständig verändert, zumal es offensichtlich unmöglich ist, heute eine Information weiterzugeben, die erst morgen geschaffen wird und vom staatlichen Interventionsorgan benötigt wird, damit dieses ihre Ziele erreichen kann;

(d) weil der zwingende Charakter der staatlichen Mandate, insofern diese befolgt werden und sich mit Erfolg auf das soziale Gebilde auswirken, die unternehmerische Aktivität und Schaffung genau jener Informationen blockiert, die das staatliche Interventionsorgan dringend braucht, um ihre eigenen Mandate mit koordinierendem (und nicht deskoordinierendem) Inhalt zu versehen.

Abgesehen davon, dass der Etatismus theoretisch unmöglich ist, verursacht er eine Reihe äusserst schädlicher Nebeneffekte: Förderung der Unverantwortlichkeit

¹ Vgl. Israel Kirzner (1985). *Discovery and the Capitalist Process*. Chicago. S. 168.

² Vgl. Jesús Huerta de Soto (2013). *Sozialismus, Wirtschaftsrechnung und unternehmerische Funktion*. Stuttgart.

³ Vgl. Jesús Huerta de Soto (2011). *Die Österreichische Schule der Nationalökonomie – Markt und unternehmerische Kreativität*. Wien.

(da der Staat die realen Kosten seiner Intervention nicht kennt, handelt er auf unverantwortliche Weise); Zerstörung der Umwelt, da diese zu einem öffentlichen Gut erklärt und ihre Privatisierung verhindert wird; Korrumpierung der traditionellen Konzepte von Gesetz und Gerechtigkeit, die durch Befehl und «soziale» Gerechtigkeit ersetzt werden;⁴ mimetische Korrumpierung des individuellen Verhaltens, das gegenüber Moral und Recht immer aggressiver und respektloser wird.

Diese Analyse erlaubt uns auch den Schluss, dass die Gesellschaften, die heutzutage florieren, dies nicht *wegen* sondern *trotz* des Staates tun.⁵ Ausschlaggebend dafür sind die Trägheit vieler Menschen, an den gewohnten Verhaltensweisen festzuhalten, sowie das Fortbestehen von Bereichen mit vergleichsweise grosser Freiheit und die Tatsache, dass der Staat seine plumpen und blinden Befehle für gewöhnlich nur sehr ineffizient durchzusetzen versteht. Ausserdem rufen selbst die kleinsten Zuwächse an Freiheit beachtliche Wohlstandsimpulse hervor. Dies zeigt, wie weit die Zivilisation voranschreiten könnte, wenn sie sich vom Hemmschuh des Etatismus befreien könnte.

Hinzu kommt, was wir bereits ansprachen: die Illusion all jener, die den Staat mit der Versorgung von («öffentlichen») Gütern, die (derzeit auf sehr kostspielige und unzureichende Weise) zur Verfügung gestellt werden, gleichsetzen und zu dem Fehlschluss kommen, dass das Verschwinden des Staates notwendigerweise das Verschwinden jener geschätzten Dienste zur Folge haben würde. Diese irrige Annahme nährt sich in einem Umfeld ständiger politischer Indoktrinierung auf allen Ebenen (und besonders durch das Bildungssystem, über das aus offensichtlichen Beweggründen kein Staat die Kontrolle verlieren möchte) und selbstgefälliger Rationalisierung des *Status quo* durch eine Mehrheit, die sich weigert, das Offensichtliche zu sehen, nämlich, dass der Staat nichts anderes als eine Illusion ist, die von einer Minderheit geschaffen wurde, um auf Kosten der anderen zu leben, die man zuerst ausbeutet, dann korrumpiert und schliesslich mit fremden Mitteln (Steuern) kauft, indem man sie mit politischen «Gefälligkeiten» bezahlt.

Von der Unmöglichkeit, die Staatsgewalt zu beschränken

Wenn ein Staat erst einmal existiert, dann ist es unmöglich, seine Machtausweitung zu beschränken. Gewiss neigen, wie Hans-Hermann Hoppe gezeigt hat, einige Staatsformen (wie z. B. die absolute Monarchie, in der sich der König als Eigentümer unter sonst gleichen Bedingungen langfristig vorsichtiger verhalten wird, um «nicht die goldene Gans zu töten») weniger als andere dazu, ihre Macht auszuweiten und intervenieren (wie beispielsweise in der Demokratie, in der es keinerlei Anreize für jemanden gibt, sich darüber zu sorgen, was nach dem nächsten Wahltermin passieren wird). Ebenso steht fest, dass hier und da in der Geschichte der Eindruck entstanden

⁴ Vgl. Friedrich A. von Hayek (2006). *Derecho, legislación y libertad: una nueva formulación de los principios liberales de la justicia y de la economía política*. Madrid. S. 25-357.

⁵ Vgl. Carlos Rodríguez Braun (1999). *A pesar del gobierno*. Madrid.

ist, die Interventionsflut sei im Zaum gehalten worden. Doch die geschichtliche Analyse ist unumstösslich: Der Staat hat nie aufgehört, zu wachsen.⁶ Sein Wachstum hat nie aufgehört, weil sich die Mischung aus Staat, d. h. einer monopolistischen Institution der Gewalt, und menschlicher Natur regelrecht als «explosiv» erweist. Der Staat fördert und zieht wie ein Magnet mit unwiderstehlicher Kraft die perversesten Leidenschaften, Laster und Instinkte der menschlichen Natur an. Einerseits versucht die menschliche Natur, sich der staatlichen Mandate zu entziehen. Andererseits nutzt sie so weit wie möglich die monopolistische Macht des Staates aus. Ausserdem, und ganz besonders unter demokratischen Voraussetzungen, bringt der kombinierte Effekt aus privilegierten Interessengruppen, kurzsichtigen Regierungen und «gekauften Wahlstimmen», grössenwahnsinnigen Politikern sowie verantwortungslosen und blinden Bürokratien einen besonders gefährlichen, instabilen und explosiven Cocktail hervor. Dieser wird unablässig von sozialen, wirtschaftlichen und politischen Krisen weitergerührt, die von Politikern und gesellschaftlichen «Führungskräften» immer wieder gern als Vorwand für weitere Dosen an Intervention verwendet werden. Dadurch werden die Probleme jedoch nicht gelöst, sondern nur verschärft und um neue bereichert.

Der Staat ist zu einem «Götzen» geworden, an den sich alle wenden und den alle anbeten. Die Anbetung des Staates ist ohne Zweifel die schlimmste und gefährlichste Gesellschaftskrankheit unserer Zeit. Wir werden regelrecht zum Glauben erzogen, dass alle Probleme frühzeitig vom Staat erkannt und gelöst werden könnten. Unser Schicksal hängt vom Staat ab, und die Politiker, die den Staat unter ihrer Kontrolle haben, müssen uns alles gewähren, was wir für unseren Wohlstand brauchen. Das menschliche Wesen bleibt unreif und lehnt sich gegen seine eigene kreative Natur (aufgrund derer seine Zukunft zwingend ungewiss ist) auf. Diese «Infantilisierung» der Massen wird von Politikern und gesellschaftlichen Wortführern vorsätzlich gefördert, denn so rechtfertigen sie öffentlich ihre Existenz und sichern sich ihre Popularität, Vormachtstellung und Kontrollmöglichkeiten. Ausserdem schliesst sich diesem arroganten Machtrausch eine ganze Heerschar von Intellektuellen, Professoren und Sozialingenieuren an.

Nicht einmal die achtbarsten Kirchen und Konfessionsgemeinschaften haben erkannt, dass die Anbetung des Staates heutzutage die grösste Bedrohung für den freien, moralischen und verantwortungsvollen Menschen ist; dass der Staat ein von allen angebeteter falscher Götze mit unermesslicher Macht ist, der weder zulässt, dass sich die Menschen von seiner Kontrolle befreien, noch dass sie irgendwelchen moralischen oder religiösen Verpflichtungen treu bleiben, die dem Staat fremd sind und sich seiner Herrschaft entziehen. Als ob dies nicht genug wäre, hat er etwas erreicht, das man anfangs nicht erkennen konnte, nämlich, dass er die Bürgerschaft auf systematische und heimtückische Weise von der Idee abgebracht hat, ihn (den Staat) für die wahre Ursache der sozialen Übel und Konflikte zu halten, und somit überall «Sündenböcke» (der «Kapitalismus», das Gewinnstreben, das Privateigentum) geschaffen hat. Diese Sündenböcke macht er für seine Probleme verantwortlich. Sie

⁶ Vgl. Hans-Hermann Hoppe (2004). *Monarquía, democracia y orden natural*. Madrid.

werden zur Zielscheibe des Volkszornes. Die Moralapostel und Glaubensführer verurteilen sie nachdrücklich und auf das Schärfste. Fast keiner von ihnen ist sich der Irreführung bewusst oder hat sich bisher getraut, die Vergötterung des Staates als die grösste Bedrohung dieses Jahrhunderts für die Religion, die Moral und somit für die menschliche Zivilisation an den Pranger zu stellen.⁷

So wie der Fall der Berliner Mauer im Jahre 1989 zum besten historischen Beweis des Theorems der Unmöglichkeit des Sozialismus wurde, veranschaulicht das enorme Versagen der liberalen Theoretiker und Politiker bei ihrem Versuch, die Staatsgewalt zu beschränken, bestens das Theorem der Unmöglichkeit des Etatismus und, in besonderer Weise, dass der freiheitliche Staat in sich widersprüchlich ist (da er einen, wenn auch nur sehr beschränkten Zwangsstaat verkörpert) und theoretisch unmöglich ist (denn er akzeptiert die Existenz des Staates, wodurch es unmöglich ist, die Ausweitung seiner Macht zu beschränken). Alles in allem ist der «Rechtsstaat» ein unmögliches Ideal und ein derart flagranter Widerspruch in sich, als ob es sich bei ihm um «warmen Schnee, eine jungfräuliche Hure, ein fettleibiges Skelett, ein kreisförmiges Quadrat»⁸ oder um jenen Widerspruch handeln würde, in den sich auch die «Sozialingenieure» und neoklassischen Wirtschaftswissenschaftler verwickeln, wenn sie von einer «perfekten Markttransparenz» sprechen oder sich auf das sogenannte «Modell des vollkommenen Marktes»⁹ beziehen.

Der Anarchokapitalismus: Das System sozialer Kooperation

Der Etatismus steht im Gegensatz zur menschlichen Natur, denn er besteht in der systematischen und monopolistischen Nötigung, die in all ihren Wirkungsbereichen (inklusive jener, welche die Festlegung des Rechts und die Erhaltung der öffentlichen Ordnung betreffen) die unternehmerische Kreativität und Koordination blockiert, wobei gerade diese die typischsten und wesentlichsten Äusserungen der menschlichen Natur sind. Der Etatismus fördert die Verantwortungslosigkeit und treibt die moralische Korruption an, indem er das menschliche Verhalten auf die privilegierte Nutzung der Schalthebel der politischen Macht umlenkt, und all dies in einem Umfeld unvermeidbarer Unwissenheit, die es unmöglich macht, die Kosten jeder einzelnen staatlichen Handlung zu kennen. Diese Auswirkungen des Etatismus treten immer dann auf, wenn es einen Staat gibt, selbst wenn mit allen Mitteln versucht wird,

⁷ Die vielleicht beachtlichste Ausnahme findet man in der brillanten Biographie über *Jesus von Nazareth* von Benedikt XVI. Dass der Staat und die politische Macht die institutionelle Inkarnation des Antichristen sind, muss für jeden eindeutig erscheinen, der über einige Grundkenntnisse in Geschichte verfügt und die Betrachtungen des Papstes im Bezug auf die gefährlichste Versuchung, mit der der Böse an uns herantreten kann, liest: «Der Versucher ist nicht grob genug, uns direkt die Anbetung des Teufels vorzuschlagen. Er schlägt uns nur vor, uns für das Vernünftige zu entscheiden, für den Vorrang einer geplanten und durchorganisierten Welt, in der Gott als Privatangelegenheit seinen Platz haben mag, aber in unsere wesentlichen Absichten uns nicht dreinreden darf. Solowjew schreibt dem Antichristen ein Buch zu, *Der offene Weg zu Frieden und Wohlfahrt der Welt*, das sozusagen die neue Bibel wird und die Anbetung des Wohlstands und der vernünftigen Planung zum eigentlichen Inhalt hat.» Josef Ratzinger (2007). *Jesus von Nazareth, Erster Teil*. Freiburg. S. 70f. In die gleiche Richtung argumentierend, jedoch auf kategorischere Weise, besticht James Redford (19. Dezember 2001). *Jesus is an Antichrist*. Abgerufen auf: <http://anti-state.com>.

⁸ Anthony de Jasay (1990). *Market Socialism: A scrutiny*. This Square Circle. London. S. 35.

⁹ Jesús Huerta de Soto (2007). The Essence of the Austrian School, in: *Procesos de Mercado: Revista Europea de Economía Política* 4.1. S. 343-350.

dessen Macht zu beschränken; ein Ziel, das unmöglich zu erreichen ist und den klassischen Liberalismus zu einer wissenschaftlich undurchführbaren Utopie werden lässt.

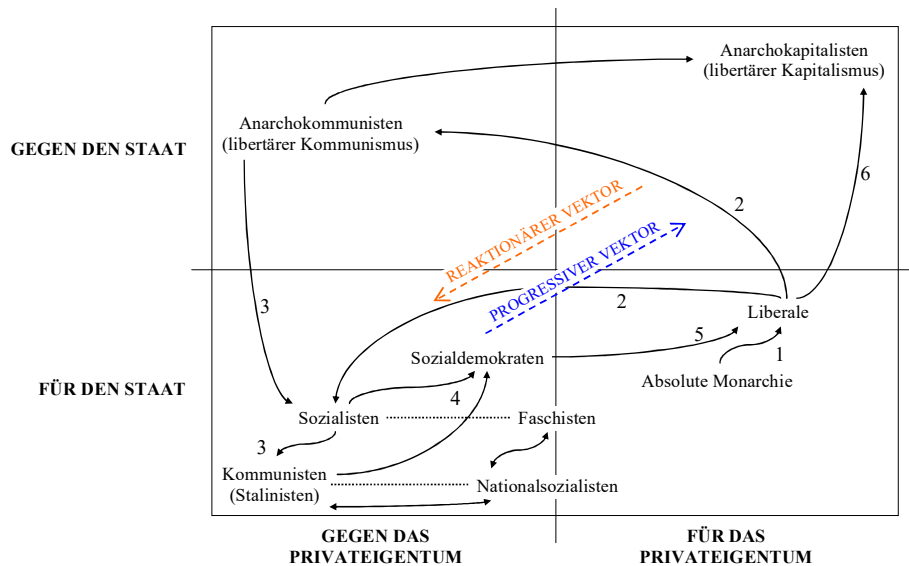
Insofern kann man nicht umhin, den «utopischen Liberalismus» unserer klassisch liberalen Vorgänger zu überwinden, die einerseits naiv waren, als sie dachten, der Staat könne beschränkt werden, und andererseits inkonsequent, weil sie ihre Ideen nicht logisch zu Ende dachten und deren Implikationen akzeptierten. Für uns hat es daher Priorität, den klassischen (utopischen und naiven) Liberalismus des 19. Jahrhunderts abzulösen, und zwar durch eine neue, wissenschaftliche, moderne Neufassung, die wir den libertären Kapitalismus, den Anarchismus auf Basis des Privateigentums oder eben Anarchokapitalismus nennen können. Es hat wirklich keinerlei Sinn, dass die Liberalen weiterhin das Gleiche behaupten wie vor 150 Jahren, während im 21. Jahrhundert und trotz des Falls der Berliner Mauer vor fast über 20 Jahren die Staaten unaufhörlich wachsen und in allen Bereichen die individuellen Freiheiten der Menschen einschränken.

Der Anarchokapitalismus (*libertarianism* auf Englisch) ist die reinste Darstellung der spontanen Marktordnung, in der alle Dienstleistungen, inklusive der Festlegung des Rechts, der Justiz und der öffentlichen Ordnung, durch einen gänzlich freiwilligen Prozess sozialer Kooperation – der so zum zentralen Forschungsobjekt der modernen Wirtschaftswissenschaft wird – zur Verfügung gestellt werden. In diesem System wird der Elan der menschlichen Schöpfungskraft und Koordinationsfähigkeit nirgends ausgeschlossen. Auf diese Weise werden Effizienz und Gerechtigkeit der Lösungsvorschläge für die verschiedenen Problemstellungen gesteigert und alle Konflikte, Ineffizienzen und Dejustierungen ausgemerzt, die monopolistische Gewaltagenturen (Staaten) allein durch ihre Existenz erzeugen. Das vorgeschlagene System nimmt dem Menschen auch die korrumpierenden Anreize – die der Staat erzeugt und die sich gegen die moralischen und verantwortungsvollen Verhaltensweisen des Menschen richten – und unterbindet die Entstehung einer monopolistischen Agentur (Staat), dank derer einige soziale Gruppen (die die Schalthebel der staatlichen Gewalt stets besser als andere kontrollieren) die systematische Gewaltanwendung und Ausbeutung anderer Gesellschaftsgruppen (jene, die keine andere Wahl haben, als zu gehorchen) für legitim halten.

Der Anarchokapitalismus steht als einziges System voll und ganz zur freien und schöpferischen Natur des Menschen und dessen dauerhafter Fähigkeit, sich in einem Umfeld, in dem definitionsgemäss niemand das Recht auf die monopolistische Ausübung systematischer Zwangsgewalt hat, neue und immer moralischere Normen- und Verhaltensweisen anzueignen. Zusammenfassend können wir sagen, dass im Anarchokapitalismus alle unternehmerischen Projekte erprobt werden können, insofern sie auf freiwilliger Basis die ausreichende Zustimmung finden. Dadurch lassen sich in einem dynamischen und sich ständig bewegendem Umfeld freiwilliger Kooperation zahlreiche kreative Lösungsmöglichkeiten ausdenken.

Das fortschreitende Verschwinden der Staaten und deren allmähliche Ersetzung durch ein dynamisches Gefüge an privaten Agenturen, die einerseits als Schirmherren

für verschiedene Rechtssysteme fungieren und andererseits jede Art von Dienstleistung zum Zwecke von Sicherheit, Prävention und Verteidigung erbringen, bilden den Grundstock für die politische und wissenschaftliche Agenda sowie für den umfassenden sozialen Wandel, den das 21. Jahrhundert erleben wird.



In unserer Graphik sind die verschiedenen politischen Systeme und deren natürliche Übergänge dargestellt. Die Systeme sind danach klassifiziert, wie sehr bzw. wenig sie den Staat befürworten und wie sehr bzw. wenig sie einen respektvollen Umgang mit Privateigentum pflegen.

Man kann mit ihrer Hilfe erkennen, wie die ursprünglich revolutionäre (utopische und irri) Bewegung der klassischen Liberalen gegen die «Alte Ordnung» in jenen Pragmatismus verfällt, der den Staat akzeptiert und den sozialistischen Totalitarismen (Kommunismus, Faschismus und Nationalsozialismus) die Tür öffnet. Der Untergang des Realsozialismus bereitet der Sozialdemokratie, die heute überall herrscht (*pensée unique*), den Weg.

Aufgrund der Fehler und Naivität der klassischen Liberalen war die liberale Revolution zunächst gescheitert, sodass die eigentliche liberale Revolution noch aussteht. Sie wird letztlich zum Anarchokapitalismus führen.

Eine der Folgen der gescheiterten liberalen Revolution war das Aufkommen des libertären Kommunismus, den die übrigen politischen Systeme (vor allem die besonders «linken») gerade wegen dessen staatsfeindlichen Charakters unisono verschmäht und verfolgt haben. Der libertäre Kommunismus ist auch utopisch. Da er sich gegen das Privateigentum richtet, sieht er sich vor die Notwendigkeit gestellt, systematische (d. h. «staatliche») Gewalt gegen das Privateigentum einzusetzen. Dadurch gerät er in einen unlösbaren logischen Widerspruch und blockiert den unternehmerischen Sozialprozess, der die einzig mögliche anarchistische Ordnung antreibt, die wissenschaftlich möglich ist, nämlich jene der kapitalistisch-libertären Marktwirtschaft.

Konklusion: revolutionäre Konsequenzen des neuen Paradigmas

Die Revolution gegen das *Ancien Régime*, in der die klassischen Liberalen des 18. und 19. Jahrhunderts eine führende Rolle spielten, findet heute ihre natürliche Fortsetzung in der anarchokapitalistischen Revolution des 21. Jahrhunderts. Glücklicherweise haben wir den Grund für das Versagen des utopischen Liberalismus herausgefunden und die Notwendigkeit seiner Überwindung durch einen wissenschaftlichen Liberalismus entdeckt. Und wir wissen, dass die alten Revolutionäre irren und die Sünde der Naivität begingen, als sie ein unmöglich zu erreichendes Ideal verfolgten und dadurch im 20. Jahrhundert den grössten Staatstyraneien der Menschheitsgeschichte die Tür öffneten.

Die Botschaft des Anarchokapitalismus ist eindeutig revolutionär. Sie ist revolutionär im Hinblick auf dessen Ziel: die Demontage des Staates und dessen Ersetzung durch einen wettbewerbsorientierten Marktprozess, in dem ein Gefüge aus Agenturen, Vereinigungen und Privatorganisationen seinen Platz hat. Sie ist aber auch revolutionär im Hinblick auf dessen Mittel, insbesondere in den wissenschaftlichen, wirtschaftlich-sozialen und politischen Bereichen.

(a) Die wissenschaftliche Revolution

Sie betrifft besonders den Bereich der Wirtschaftswissenschaft, die zur allgemeinen Theorie der spontanen Ordnung des Marktes wird, der sich auf alle sozialen Bereiche ausweitet, und überdies die Analyse der Effekte sozialer Dekoordination einbindet, die der Etatismus in allen seinen Wirkungsbereichen (inklusive des Rechts, der Justiz und der öffentlichen Ordnung) erzeugt. Aber auch die verschiedenen Optionen zur Demontage des Staates, die Prozesse des Übergangs und die Formen und Auswirkungen einer umfassenden Privatisierung aller Dienstleistungen, die heute als «öffentlich» angesehen werden, sind ein wesentliches Forschungsfeld unserer Disziplin.

(b) Die wirtschaftliche und soziale Revolution

Wir sind nicht einmal in der Lage, auch nur annähernd die unermesslichen Errungenschaften, Fortschritte und Entdeckungen der Menschheit zu erahnen, die sich in einem unternehmerischen und von jeglichem Etatismus befreiten Umfeld erreichen lassen würden. Bereits heute, und trotz der ständigen Bedrängung seitens des Staates, entsteht in einer immer globalisierteren Welt eine unbekannte Zivilisation. Diese hat einen Komplexitätsgrad erreicht, der unmöglich von der Macht des Etatismus kontrolliert werden kann. Sobald sie sich gänzlich von der Staatsgewalt losgesagt haben wird, wird sie unbegrenzt expandieren. Die Schöpferkraft der menschlichen Natur ist so geartet, dass sie sogar in den schmalsten Ritzen, die der Staat übrig lässt, wurzeln und erblühen kann. Wenn aber die Menschen die im Kern perverse Natur des sie nötigenden Staates erkennen und die unermesslichen Möglichkeiten wahrnehmen, die man ihnen Tag für Tag nimmt, indem man die Triebkraft ihrer unternehmerischen Kreativität blockiert, dann wird sich der soziale Protest mehren. Dann wird

man nach Reformen rufen, nach Abbau des Staates und nach Schritten in eine Zukunft, die wir heute noch gar nicht kennen, die aber die menschliche Zivilisation unweigerlich auf bisher unvorstellbare Höhen emporheben wird.

(c) Die politische Revolution

Was den politischen Kampf des Alltags betrifft, so können wir sagen, dass dieser im Vergleich zu dem in (a) und (b) Gesagten zweitrangig ist. Es versteht sich von selbst, dass immer die am wenigsten interventionsorientierten Alternativen zu unterstützen sind, sofern sie in eindeutiger Allianz mit den Anstrengungen der klassischen Liberalen stehen, die mit demokratischen Mitteln den Staat beschränken wollen. Die Arbeit des Anarchokapitalisten endet aber damit noch nicht, denn er kann und muss viel mehr machen. Er weiss, dass das letzte Ziel der völlige Abbau des Staates ist und dieser beflügelt seine ganze Vorstellungskraft und sein politisches Handeln im Alltag. Die immer grösseren Fortschritte in die richtige Richtung sind ohne Zweifel willkommen, aber dürfen kein Anlass für jenen Pragmatismus sein, der das letzte Ziel verrät, nämlich das Ende des Staates, das aus pädagogischen Gründen immer auf systematische und transparente Weise verfolgt werden muss.¹⁰

So besteht z. B. die Agenda des Anarchokapitalisten im Streben danach, die Staaten immer kleiner und machtärmer werden zu lassen. Mittels Dezentralisierung auf allen Ebenen, liberalen Nationalismus, Wiedereinführung kleiner Stadtstaaten und Sezession¹¹ kann man dazu beitragen, dass die Diktatur der Mehrheiten über die Minderheiten blockiert wird und die Menschen mehr «mit den Füßen» als an der Wahlurne abstimmen. Es geht schlussendlich darum, dass die Menschen sich auf globaler Ebene und über die Grenzen hinweg zusammenschliessen und ihre unterschiedlichen Ziele ohne Rücksicht auf Staaten (religiöse Organisationen, Privatclubs, soziale Netzwerke usw.) erreichen können.¹²

Andererseits muss daran erinnert werden, dass politische Revolutionen nicht unbedingt blutig sein müssen. Das gilt vor allem dann, wenn die Revolution das Ergebnis eines notwendigen Erziehungs- und Reifeprozesses der Gesellschaft oder Ausdruck des Volksprotests und des allgemeinen Wunsches ist, dem Betrug, der Lüge und der Nötigung, welche die Verwirklichung des Menschen verhindern, ein Ende zu setzen. So waren z. B. der Fall der Berliner Mauer und die Tschechische Revolution, die dem Sozialismus in Osteuropa ein Ende setzten, letztlich unblutig.

¹⁰ Vgl. Jesús Huerta de Soto (2002). *Nuevos Estudios de Economía Política*. Madrid. S. 163-192.

¹¹ Vgl. meinen Aufsatz «Teoría del nacionalismo liberal» in Jesús Huerta de Soto (1994). *Estudios de Economía Política*. Madrid.

¹² Vgl. Bruno Frey (2001). A Utopia? Government without territorial Monopoly, in: *The Independent Review* 6.1. S. 92-112.

Und um dieses wichtige Endergebnis zu erreichen, muss man sich aller friedvollen¹³ und legalen¹⁴ Mittel bedienen, welche die aktuellen politischen Systeme zulassen.

Es eröffnet sich somit eine spannende Zukunft, in der sich immer neue und vielfältige Wege finden werden, die es uns erlauben, im Einklang mit den grundlegenden Prinzipien der Verwirklichung des anarchokapitalistischen Ideals entgegenzugehen. Diese Zukunft mag uns heute noch sehr weit entfernt erscheinen, aber sie kann jederzeit derart grosse Fortschritte machen, dass sie selbst die grössten Optimisten zu überraschen vermag. Wer konnte auch nur fünf Jahre im Voraus den Fall der Berliner Mauer und mit ihr des ganzen osteuropäischen Kommunismus kommen sehen? Die Geschichte ist in einen beschleunigten Veränderungsprozess eingetreten, der zwar nie zum Stillstand kommen wird, aber dennoch ein völlig neues Kapitel aufschlägt, wenn es die Menschheit schafft, sich zum ersten Mal in der Moderne endgültig vom Staat zu befreien und ihn nur als dunkle und tragische Figur der Geschichte in Erinnerung behalten wird.

¹³ Man darf nie die Richtlinien unserer Scholastiker des Goldenen Zeitalters hinsichtlich der strengen Voraussetzungen, die ein Gewaltakt erfüllen muss, um «gerecht» zu sein, vergessen: 1. Es müssen alle möglichen friedvollen Wege und Vorgehensweisen ausgeschöpft sein. 2. Es muss sich um eine Verteidigung (gegen konkrete Gewalttaten) handeln und darf niemals eine Aggression darstellen. 3. Die Verhältnisse der eingesetzten Mittel müssen stimmen (z. B. ist das Ideal der Unabhängigkeit weder das Leben noch die Freiheit auch nur eines einzelnen Menschen wert). 4. Es muss auf jeden Fall verhindert werden, dass unschuldige Personen zu Opfern werden. 5. Es muss schliesslich eine Möglichkeit auf Erfolg gegeben sein (alles andere kommt einem nicht zu rechtfertigenden Selbstmord gleich). Zu diesen weisen Prinzipien würde ich nur jenes der ausschliesslich freiwilligen Teilnahme und Finanzierung hinzufügen. Jeder Gewaltakt, der auch nur eines dieser Prinzipien verletzt, ist automatisch illegitim und wird zum schlimmsten Feind dessen, was man durch ihn zu erreichen sich vornimmt. Zum Schluss sei an dieser Stelle auch auf die vollständige Theorie des Tyrannenmordes von Pater Juan de Mariana aus dem Jahr 1599 hingewiesen.

¹⁴ Bereits Murray N. Rothbard hat darauf hingewiesen, dass es nicht anzuraten ist, offenen Widerstand gegen die rechtskräftige «Legalität» (wesentlich bestehend aus Verwaltungsdirektiven) zu leisten, da er sich in den meisten Fällen aufgrund der hohen Kosten nicht auszahlt.



Impressum

Liberales Institut
Hochstrasse 38
8044 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
institut@libinst.ch

Bei diesem Text handelt es sich um ein Kapitel im Buch *Die Theorie der dynamischen Effizienz*. Die Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Verlags.

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie auf www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2022, Liberales Institut.